



Osman Engin
Die Coronachroniken

Das Coronagerücht

Es ist zum Verrücktwerden mit diesen ständigen Lockdowns! Erst recht mit diesen ganzen Quarantänen – oder heißt es Quarantänis? Quarantänisse? Quarantänen? Kurantinos? Kuratoren? Egal! Auf jeden Fall ist es total nervig – nicht nur wegen der Schreibweise. Meine kleine Tochter Hatice und ihre gesamte Schulklasse befindet sich zurzeit in so einem Ding, was übersetzt heißt, dass 30 Kinder zwei Wochen lang statt ihrer Lehrer ihre Eltern in den Wahnsinn treiben dürfen. Damit aber nicht genug!

Bei uns in der Fabrik wurden die Kollegen von Halle 1 auch nach Hause zum Faulenzen geschickt. Die von Halle 2 auch, auch die von Halle 3, von Halle 5, von Halle 6, von Halle 7 – nur meine arme Halle 4 muss weiterhin schuffen wie verrückt. Eine Ungerechtigkeit, die nicht nur bis zum Himmel schreit, sondern das ganze Universum bekommt einen Hörschaden.

Es reicht schon ein kleines Gerücht, dass ein Kollege während der Arbeit ein Mal geniest hätte und schon können es sich 135 kräftige Kerle zu Hause vor dem Fernseher gemütlich machen.

Ich habe in Halle 4 dutzende Male hintereinander geniest – mein Rekord liegt bei 25 – aber kein Mensch bekam die Erlaubnis, zu Hause rumzugammeln – nicht mal ich!

Aber wie sagt man so schön: Selbst nach der dunkelsten Nacht wird es wieder hell! Als ich heute Morgen in Halle 4 ankam, macht eine Supernachricht die Runde: Ein Kollege soll Covid-19 haben! Wenn das kein Grund zum Feiern ist! Aber der Feigling versteckt sich hartnäckig!

„Herr Meister, wir stecken uns noch alle an. Lassen Sie uns sofort nach Hause gehen“, wende ich mich im Namen der gesamten Belegschaft an unseren Meister.

„Das ist doch bloß ein Gerücht“, winkt er ab. „Dieser Kollege hat keine Symptome und dazu noch weniger Verantwortungsgefühl. Aber wenn er uns ansteckt, krepieren wir hier alle reihenweise.“

„Osman, ich kann doch nicht wegen eines einzigen Gerüchtes 135 Leute nach Hause schicken.“

„Und wie wollen Sie dann den Tod von diesen 135 unschuldigen Kollegen mit Ihrem Gesicht vereinbaren?“, drücke ich leicht auf die Tränenränder.

„An einem Gerücht ist noch keiner gestorben“, ruft er, ganz der Kapitalist.

„An Corona schon! Allein in Deutschland bisher über 70.000 Tote“, lasse ich nicht locker.

„Gut, gut, dann finde du heraus, wer der infizierte Kollege ist.“

„Ich? Warum ich?“, stammele ich überrascht. „Du kriegst auch einen Tag frei, wenn du es rausbekommst.“

Mist! Dieser freier Tag geht doch wieder flöten, wenn es rauskommt, dass ich dieses Gerücht selber in die Welt gesetzt habe!

Dass die Widerstandskämpferin Sophie Scholl statt Hitler-Ermöglicher Hindenburg geehrt wird, will die Northeimer CDU nicht
Foto: Franziska Kraufmann/dpa



Dolchstoß für Sophie Scholl

In Northeim wollten SPD und Grüne die Hindenburgstraße in Sophie-Scholl-Straße umbenennen. Gegen den Willen von CDU, FDP, AfD und einer Wählerliste. Die CDU wollte erst mal die Bürger befragen, tat es dann aber doch nicht. Nun bleibt alles wie seit 1933

Von Reimar Paul

Im südniedersächsischen Northeim gibt es eine Hindenburgstraße. Zeitgleich mit dem Adolf-Hitler-Wall und der Göringstraße bekam die frühere Bergstraße ihren Namen im April 1933, kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Während Hitler und Göring kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges als Namensgeber dran glauben mussten, blieb Hindenburg unangetastet.

Doch nun, nach 88 Jahren, sei es allerhöchste Zeit für einen neuen Namen, befanden SPD und Grüne im Northeimer Stadtrat. Die Hindenburgstraße solle künftig Sophie-Scholl-Straße heißen, forderten die Parteien in einem Antrag, die Umbenennung solle zum 100. Geburtstag der Widerstandskämpferin erfolgen. Doch der rot-grüne Vorstoß scheiterte im Kommunalparlament. CDU, FDP, AfD und die Freie Unabhängige Liste (FUL) lehnten den Antrag für ein Umbenennungsverfahren am 25. Februar mit 19 gegen 15 rot-rot-grüne Stimmen ab.

Paul Ludwig Hans Anton von Beneckendorff und von Hindenburg, dem 1933 gemeinsam mit Hitler und Göring auch die Ehrenbürgerwürde der Stadt Northeim verliehen worden war, verdiene keine Ehrung, so der Grünen-Ratschherr Hans Harer, der den Antrag initiiert und bei der Einbringung in den Stadt-

rat am 25. Februar begründet hat. In den beiden letzten Jahren des ersten Weltkrieges hatte Hindenburg als Chef der Obersten Heeresleitung quasi diktatorisch die Regierungsgewalt ausgeübt. Im Herbst 1918 erklärte er, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei.

Vor dem Untersuchungsausschuss der Weimarer Nationalversammlung verbreitete er 1919 gleichwohl die so genannte Dolchstoßlegende, wonach das Heer „im Felde unbesiegt“ von den Novemberrevolutionären und Politikern durch einen Waffenstillstand „von hinten erdolcht“ worden sei. Mit dieser Behauptung trug er in der Folge wesentlich zum Legitimationsverlust und zur Destabilisierung der Weimarer Republik bei.

Als Reichspräsident ernannte Hindenburg am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler. Damit sowie durch die Dolchstoßlegende trug er wesentlich zum Untergang der Weimarer Republik und zum Entstehen der totalitären NS-Diktatur bei. Hindenburg starb im August 1934 im Alter von 86 Jahren.

Die Northeimer CDU-Fraktion brachte zur betreffenden Ratssitzung einen Gegenantrag ein. Demnach sollten die Bürger bei einer Befragung mit der Kommunalwahl im September entscheiden, ob die Straße umbenannt werden solle.

Inhaltlich wandten sich die Christdemokraten gegen eine

Umbenennung. Zwar könne die Rolle Hindenburgs bei der Machtübernahme Hitlers „als mitentscheidend angesehen“ werden, auch „legitimieren wir damit keinesfalls die Handlungen von 1933, noch heißen wir sie gut“. Aber: „Ob es uns gefällt oder nicht, Paul von Hindenburg war Teil der deutschen Geschichte“. „Löschen wir nun

Im Übrigen, gab die CDU zu bedenken, müsse im Fall einer Umbenennung der Straße die Frage der Kostenübernahme für die Anwohner geklärt werden

diesen Namen aus dem Stadtbild, so löschen wir Teile unserer Erinnerungskultur aus, die uns anhält, uns mit dem Thema im Alltag auseinanderzusetzen.“

Im Übrigen, gab die CDU zu bedenken, müsse im Fall einer Umbenennung der Straße die Frage der Kostenübernahme für die Anwohner geklärt werden. Das gelte, insbesondere natürlich für die ansässigen Arztpraxen.“ In der Hindenburgstraße wohnen 94 Haushalte und drei Praxen betroffen. Tatsächlich entstehen für eine Umeldung im Bürgerbüro keine Kos-

ten. Ausgaben für neue Visitenkarten etwa können Ärzte von der Steuer absetzen.

In der Ratssitzung wurde zunächst über den rot-grünen Antrag abgestimmt. Nach der Ablehnung zog die CDU ihren Antrag zurück. Eine Bürgerbefragung wird es also nicht geben. „Gegen unseren Antrag haben sich alle ohne Ausnahme rechts von der SPD versammelt“, sagte Grünen-Ratschherr Harer der taz.

Inhaltlich sei nicht darüber diskutiert worden: „Man faselte von der Entsorgung der Geschichte, verwies auf den Bürgerwillen und zog dann die Forderung nach der Befragung aller Bürger zurück.“ Unterm Strich habe der Rat am 25. Februar mit Mehrheit einen Erhebungsbeschluss des NS-Stadtrats vom April 1933 bestätigt, dass Hindenburgs Verhalten mit der Machtübertragung an Hitler im Zusammenhang gestanden habe.

Aus Sicht von Harer eifern die Northeimer Christdemokraten ihren Parteifreunden in Hannover nach. Auch dort hat sich die CDU lange gegen die Umbenennung der Hindenburgstraße gewehrt. SPD, Grüne und Linke konnten aber durchsetzen, dass die Straße dort künftig Loebensteinstraße heißt. Die neue Namensgeberin Lotte-Lore Loebenstein lebte als Kind mit ihrer jüdischen Familie in der Straße und wurde 1943 von Nationalsozialisten in einem Konzentrationslager ermordet.

nachrichten

Staatskanzlei-Rauswurf nach Facebook-Sexismus

Die Staatskanzlei in Kiel hat einen Beschäftigten wegen Äußerungen bei Facebook vom Dienst freigestellt. Der Mann hatte sich sexistisch und frauenfeindlich geäußert, wie aus einem Bericht der *Kieler Nachrichten* hervorgeht. „Frauen kann man hier nichts in die Hand geben, Schwulen auch nicht“, zitierte die Zeitung. Dem Vernehmen nach prüft die Staatskanzlei disziplinarrechtliche Schritte. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) sagte den *Kieler Nachrichten*, sexistische und diskriminierende Äußerungen von Mitarbeitern toleriere er nicht. (dpa)

Vom Krankenhaus-Sicherheitsdienst getötet

Die Polizei ermittelt gegen zwei Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) wegen fahrlässiger Tötung. Bei einem Ein-

satz der Sicherheitsleute war ein 56 Jahre alter Mann Ende Januar in der Klinik ums Leben gekommen, wie ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Hannover am Dienstag sagte. Wie genau der Mann starb, ist noch unklar. Zunächst hatte die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* berichtet. (dpa)

Museum untersucht Reederei-Kolonialhistorie

Die Kolonialgeschichte des Norddeutschen Lloyd als eine der größten Reedereien des Deutschen Kaiserreichs steht im Mittelpunkt eines Forschungsprojektes, das im April im Deutschen Schifffahrtsmuseum Bremerhaven startet. Das Forschungsprojekt frage nach der Rolle der Reedereien bei der Entstehung von Museumsansammlungen zwischen 1871 und 1918. Es soll am Beispiel der Schifffahrt Kolonialgeschichte aufarbeiten und genauere Informationen zu den jeweiligen Sammlungsobjekten gewinnen. (epd)

Aus gesundheitlichen Gründen

Daniela Behrens (SPD) wird nach Carola Reimann neue niedersächsische Sozial- und Gesundheitsministerin

Daniela Behrens (SPD) wird neue niedersächsische Sozial- und Gesundheitsministerin. Wie Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) am Dienstag bekannt gab, tritt die 52-Jährige die Nachfolge von Carola Reimann an, die am Vortag überraschend aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war. Behrens stammt aus Bremerhaven und leitet derzeit die Gleichstellungsabteilung im Bundesfamilienministerium. Sie war bis 2017 Staatssekretärin im niedersächsischen Wirtschaftsministerium, musste diesen Posten aber aufgrund einer Affäre um mögliche Fehler bei der Vergabe von Aufträgen aufgeben. Inzwischen gilt sie aber als vollständig rehabilitiert.

„Ich freue mich sehr, dem Landtag mit Daniela Behrens eine hoch kompetente, poli-

litisch erfahrene und überzeugend auftretende Sozialministerin vorschlagen zu können“, sagte Weil. „Sie ist durchsetzungsfähig, sie kann gut kommunizieren.“ Behrens soll am Freitag in einer Sondersitzung des Landtags als neue Ministerin vereidigt werden. „Sie ist aus meiner Sicht eine gute Lösung für die weitere Bekämpfung der Pandemie-situation“, betonte Weil.

Pannen beim Coronakrisenmanagement

Dem Regierungschef ging es bei der Berufung auch um eine möglichst rasche Nachfolge an der Spitze des Ministeriums, das in der Coronakrise zu einem Schlüsselressort geworden ist. Reimann hatte ihren Rückzug am Montag mit einem bevorstehenden

Krankenhausaufenthalt begründet. Sie war zuletzt wegen Pannen im Coronakrisenmanagement in die Kritik geraten, auch Rücktrittsforderungen gab es.

Mit der Wahl von Behrens setzt Weil sich über den für die Landes-SPD wichtigen regionalen Proporz hinweg. Auf die Braunschweigerin Reimann folgt mit Behrens eine Sozialdemokratin aus dem Bezirk Nord-Niedersachsen. Die studierte Politikwissenschaftlerin und ehemalige Journalistin Behrens ist anders als die promovierte Biotechnologin Reimann im Sozial- und Gesundheitsministerium nicht vom Fach. Allerdings bringt sie als ehemalige Staatssekretärin der rot-grünen Vorgängerregierung unter Ministerpräsident Weil Erfahrung im niedersächsischen Regierungsapparat mit. (dpa)